

Aus der Sitzung des Zürcher Gemeinderats

## Über 150 Sozialwohnungen «entdeckt»

Genossenschaften, die auf einem Areal der Stadt bauen, müssen ein Prozent der Wohnungen dem Sozialdepartement vermieten. Diese Möglichkeit soll nun stärker genutzt werden – vor allem für Flüchtlinge.

---

von **ak.** | 23.3.2016, 21:08 Uhr | [1 Kommentar](#)

Gemeinnützige Wohnbauträger, die von der Stadt Zürich eine Liegenschaft im Baurecht erhalten, zahlen einen stark reduzierten Baurechtszins. Dafür müssen sie Gegenleistungen erbringen, zum Beispiel einen Teil des Bodens der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen, ein Prozent der Bausumme für Kunst am Bau einsetzen oder ein Prozent der Wohnungen für Zwecke des Sozialdepartements zur Verfügung stellen. Der bürgerlichen Seite des Zürcher Gemeinderats gehen diese Leistungen noch viel zu wenig weit. Mit einer Motion wollte deshalb die FDP erreichen, dass neu fünf statt ein Prozent der Wohnungen dem Sozialdepartement vermietet werden müssen.

Stadtrat und linke Ratsseite lehnten die Forderung aus verschiedenen Gründen ab. Wer in der Stadt Sozialhilfe beziehe, müsse selber für eine Unterkunft sorgen. Alles andere würde zu einem enormen bürokratischen Aufwand führen – vor allem weil die Fluktuation in der Sozialhilfe sehr hoch sei. Auch seien nicht alle Personen für Genossenschaftswohnungen geeignet. Drogenabhängige im begleiteten Wohnen seien ausgeschlossen; möglich seien hingegen Notwohnungen für Familien.

All dies hatte in den letzten Jahren zur Folge, dass die Stadt das Wohnungsangebot der Genossenschaften bei weitem nicht ausnützte. Aufgrund der Ein-Prozent-Klausel wären zuletzt 178 Wohnungen zur Verfügung gestanden. Lediglich 25 wurden auch tatsächlich in Anspruch genommen. Dies soll sich nun aber ändern, wie Stadtrat Raphael Golta sagte. Man will die Wohnungen künftig auch der Asylorganisation Zürich (AOZ) für die Unterbringung von Personen aus dem Asylbereich zur Verfügung stellen – vermutlich solchen, die bereits einen Asylentscheid haben. Damit wird gewährleistet, dass es nicht zu dauernden raschen Wechseln kommt.

Als Motion hatte der FDP-Vorstoss keine Chance, könnte aber als weniger verpflichtendes Postulat dazu führen, dass mehr der Ärmsten bei Genossenschaften wohnen können. Immerhin hat es schon bewirkt, dass gut 150 Wohnungen «entdeckt» wurden, die nun für soziale Zwecke genutzt werden können.

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.